

Die Denkschrift vom 20. August 1935, von Kard. Faulhaber im Auftrag des deutschen Episkopats verfaßt, ist keine Geschichtsdarstellung, sondern ein politisches Papier. Sie zielte auf Willensbewegung ab und durfte darum rhetorischer Instrumentierung nicht entraten. U. a. sollte Hitler an den Vertrauensvorschuß erinnert werden, den ihm der Vatikan im Jahre 1933 gewährt hatte. Deswegen wurde auch das höchst private Erlebnis des Autors der Denkschrift gelegentlich des Konsistoriums wieder aufgefrischt und in die Argumentation eingebaut. Das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Kard. Faulhaber mit seiner Auffassung alleinstand. Pius XI. hat im März 1933 dem Regime Hitler keine Starthilfe geleistet. Daß die Meinung von einem geachteten Repräsentanten des deutschen Episkopats vertreten wurde, darf nicht hindern, ihr nach Erwägung der Tatsachen zu widersprechen.

ZEITBERICHT

Abnahme der Übertritte zum Katholizismus in USA – Christenverfolgung im Sudan – FE Y ALEGRIA - Hoffnung für Lateinamerika?

Abnahme der Übertritte zum Katholizismus in USA

In einem „Convert Decline“ (Abnahme der Konversionen) überschriebenen Artikel in der Zeitschrift „America“ (5. Okt. 1963) beschäftigt sich Fr. John O'Brien CSC mit der auffallenden Tatsache, daß die Übertritte zum Katholizismus in Nordamerika seit vier Jahren stark abgenommen haben. Fr. O'Brien ist Leiter des Büros für Konversionsforschung an der bekannten katholischen Universität von Notre Dame.

Die Zahl der Übertritte zur katholischen Kirche war in den Vereinigten Staaten immer groß. Im Jahr 1953 waren es 116 696. Im Jahr 1959 wurden 146 212 erreicht, der bisher höchste Jahresstand. Dann nahmen die Konversionen plötzlich ab, und 1962 waren es nur mehr 125 670. Das ist zwar immer noch viel, aber es gibt doch zu denken, besonders wenn man weiß, daß in derselben kurzen Zeit die Zahl der Priester im Land um mehrere Tausend und die Gesamtzahl der Katholiken um einige Millionen zugenommen hat.

Fr. O'Brien sieht den Hauptgrund für diesen Rückgang geradezu in den ökumenischen Bestrebungen. Um das zu verstehen, muß man wissen, daß in Amerika von den Katholiken (ebenso wie von den protestantischen Kirchen und Sekten) ausdrückliche Werbekampagnen gemacht werden, regelmäßige Veranstaltungen in den Pfarreien, Verbreitung von Schriften. Manche meinen nun seit der Einberufung des Konzils, man solle das nicht mehr tun, wo doch jetzt alles auf gegenseitiges Verständnis, guten Willen und Freundlichkeit ausgerichtet sei. Man hat geradezu von einem „Moratorium“ auf dem Gebiet des Apostolats gesprochen. Fr. O'Brien meint, ein solches Moratorium sei am Platz, wo es sich um Nichtkatholiken handelt, die wirklich gläubige Christen sind und aktiv einer Kirchengemeinschaft angehören. Aber es gibt in Amerika an die

hundert Millionen Menschen, die sich als Christen und Protestanten bezeichnen, aber keiner Kirche, Religionsgemeinschaft oder Sekte angehören. Wenn man versucht, solche Leute für die katholische Kirche zu gewinnen, stört man in keiner Weise die ökumenischen Bestrebungen. Jedemfalls haben sich die großen nichtkatholischen Religionsgemeinschaften durch den ökumenischen Gedanken in ihrer Werbetätigkeit nicht stören lassen. „Catholic Digest“ hat eine Erhebung veranstaltet mit dem Ergebnis, daß die katholische Kirche in bezug auf Werbetätigkeit unter allen Religionsgemeinschaften in den Vereinigten Staaten an letzter Stelle steht.

Der katholische Laie kann (und soll) sich nach Fr. O'Brien bei der Werbung betätigen: 1. In den einzelnen Pfarreien werden regelmäßig (zweimal wöchentlich) Aussprache-Abende (inquiry classes) veranstaltet. Aufgabe des einzelnen ist es, Leute, die keiner Kirchengemeinschaft angehören und keine Kirche besuchen, für solche Aussprachen zu interessieren. 2. Nichtkatholische Freunde mitbringen zu den (in Amerika sehr häufigen) gesellschaftlichen Pfarr-Veranstaltungen. 3. Verbreiten und regelmäßiges Austragen von Diözesan- oder Pfarrei-Werbeschriften. Besondere Bedeutung haben hier gut geschriebene Konversions-Geschichten, von denen einige namhaft gemacht werden.

Selbstverständlich sind daneben immer wirksam die allgemeinen Werbemittel: Gutes Beispiel, Freundlichkeit und Dienstbereitschaft Andersgläubigen gegenüber, stets nur mit Zufriedenheit, Freude und Stolz reden von unserem Glauben, von der Kirche und ihren Einrichtungen, Fernstehende dem Priester zuführen.

Christenverfolgung im Sudan

Die Republik Sudan besteht aus zwei ungleichen Hälften: der Norden ist von Arabern bewohnt und ist geschlossen muselmanisch, im Süden wohnen hauptsächlich Negerstämme, die teils christlich, teils noch heidnisch sind. Die Zentralregierung in Khartum ist ausschließlich arabisch-muselmanisch. Ihr Ziel war von Anfang an, die beiden Landeshälften unter „einer Sprache, einer Religion, einem Vaterland“ zu einigen. Minister und andere hohe Beamte haben wiederholt erklärt, die christliche Kultur, die unter der Ägide des Imperialismus entstanden sei, müsse durch die islamische Kultur ersetzt werden.

Gleich 1957 wurden die 350 Missionsschulen „verstaatlicht“, d. h. den Missionaren, die größtenteils das Land verlassen mußten, wurde ihr Eigentum weggenommen. Aus den Schulen wurden Koran-Schulen (Khalwas) gemacht, in denen Lesen und Schreiben und islamische Religion gelehrt werden. Alle Kinder, die eine Khalwas besuchen, gelten von da an als Muselmanen.

Die Zulassung zu den Regierungsschulen geschieht durch ein Komitee, in dem die Araber die Mehrzahl bilden. Darin sind außer dem Hauptlehrer, dem Polizisten, dem Dorfvorsteher auch die arabischen Händler des Ortes. Jeder Bewerber muß seine Religion angeben. Gibt er den Islam an, wird er ohne weiteres aufgenommen. Bekennt er sich als Christ, wird er auf jede Weise umzustimmen gesucht. Es wird von regelrechten Quälereien berichtet, von Drohungen der arabischen Händler, die Christen zu boykottieren, von Kindern, die schreiend protestieren, wenn die Eltern sie als muselmanisch eintragen lassen wollen.

Die Folge ist, daß die Neger aus den verschiedenen Stämmen, Christen und Heiden, massenhaft über die Grenze wandern, hauptsächlich nach Süden in die Republik Kongo. Man schätzt die Zahl dieser Flüchtlinge in den letzten drei Jahren auf 30 000. Im Januar 1963 hat die Regierung von Khartum eine „Amnestie“ erlassen für alle, die seit Oktober 1962 das Land verlassen hätten. Die Amnestie erstreckte sich jedoch nicht auf „andere Verbrechen“, die sie etwa begangen hätten. Begreiflicherweise hat so gut wie niemand dieser freundlichen Einladung zur Rückkehr Folge geleistet.